

11.– 12.06.2026

Neue Allianzen für Europa – Welcher Kompass in einer veränderten Weltordnung? Schloss Genshagen

Resümee der Veranstaltung

Seit 2010 bietet das Genshagener Forum eine zentrale Plattform für den interdisziplinären deutsch-französischen Dialog zu den drängendsten Zukunftsfragen Europas. Die 14. Ausgabe des Forums widmete sich dem Thema „**Neue Allianzen für Europa – Welcher Kompass in einer veränderten Weltordnung?**“ und richtete den Fokus insbesondere auf energie-, sicherheits-, und gesundheitspolitische Herausforderungen im Lichte einer zunehmend fragmentierten, multipolaren Welt, die vom Rückzug der USA aus der „westlichen Allianz“ geprägt ist.

In seiner Begrüßungsrede unterstrich **Martin Koopmann**, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Genshagen, die Bedeutung des diesjährigen Forumsthemas. „Der Westen war jahrzehntelang der Kompass für uns, für Frankreich, für Deutschland, für Europa. Dieser Kompass ist uns verloren gegangen.“ Jetzt müsse Europa zu einem eigenständigen strategischen Pol werden, auf Grundlage demokratischer Prinzipien handeln und sich selbst verteidigen können, ohne aggressiv zu sein, so Koopmann. **François Delattre**, französischer Botschafter in Deutschland, plädierte in seiner Rede für den Ausbau von Partnerschaften mit unabhängigen Staaten, die eine Blockbildung ablehnen und sich für einen offenen Multilateralismus einsetzen. Zugleich betonte er die Notwendigkeit, das multilaterale System und die bestehenden internationalen Organisationen zu reformieren. Dies könne durch Koalitionen der Willigen gelingen, die bereit seien, den Herausforderungen unserer Zeit mit gemeinsamen Antworten zu begegnen.

Europäische Demokratien im Stresstest: Deutschland und Frankreich vor entscheidenden Wahlen

Bevor die Außenpolitik in den Fokus rückte, richtete sich der Blick zunächst auf die innenpolitischen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich. Vor dem Hintergrund anstehender entscheidender Wahlen in beiden Ländern zeichnet sich ab, dass innerpolitische Stimmungen die Wahrnehmung Europas und der Außenpolitik beeinflussen. Frankreich befindet sich vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2027 in einem angespannten Zustand. Laut **Thomas Legrand**, Journalist bei der französischen Tageszeitung *Libération*, drehe sich die öffentliche Diskussion aktuell um die stetig wachsende Anzahl an Präsidentschaftskandidat*innen. Nach einer langen Phase politischer Ohnmacht, geprägt durch Auflösungen der Assemblée nationale und wechselnde Premierminister, scheinen derzeit vor allem nach außen entschlossen auftretende Persönlichkeiten an Attraktivität zu gewinnen. Jordan Bardella von der Rechtsaußen-Partei *Rassemblement National* (RN) gelte hierfür als ein prägnantes Beispiel. Im Juni 2026 sagen 37 % aller Franzosen und Französinen, dass sie mit ihm als Präsidenten der Republik zufrieden wären.¹

Anja Wehler-Schöck, Mitglied der Chefredaktion beim Tagesspiegel, blickte mit Sorge auf die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und in dem Zusammenhang auf die Popularität der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD). In Sachsen-Anhalt erreicht die AfD Zustimmungswerte von über 40 %, in Mecklenburg-

¹ Zum Zeitpunkt des Genshagener Forums 2026 galt Jordan Bardella noch als aussichtsreichster Aspirant für eine RN-Präsidentschaftskandidatur. Im Juli 2026 erklärte sich dann Marine Le Pen zur Kandidatin der Partei.

Vorpommern liegt sie bei 36 % (Stand Juni 2026). Auch auf Bundesebene rangiert sie im Juni 2026 vor der CDU. Ein Einzug der AfD in einen Landtag würde nicht nur wegen wiederholter Bezüge zur NS-Zeit Fragen hinsichtlich ihres Werteverständnisses aufwerfen. Er würde aufgrund ihrer Nähe zum Kreml auch konkrete außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland nach sich ziehen.

Laut Legrand zeigte die RN bei wichtigen Themen in der Außenpolitik wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder bei EU-Fragen eine weniger klare Haltung. Auch in Bezug auf die erratische Politik Trumps präsentierten sie sich heutzutage eher als kompromissbereite „Atlantisten“. Die wesentlichen Unterschiede in ihren politischen Vorschlägen zu rechtskonservativen Parteien in Frankreich bestünden daher inzwischen vorwiegend in wirtschaftspolitischen Fragen und damit in einem Bereich, der – anders als grundlegende Wertefragen wie Völkerrecht oder internationale Solidarität – vergleichsweise verhandelbar erscheint.

Was bedeuten diese Entwicklungen für Europa und, im Kern, für die deutsch-französischen Beziehungen? Legrand zufolge führen sowohl der von Parteien des rechten Spektrums propagierte Nationalismus als auch der von linken Parteien wie *La France Insoumise* (LFI) vertretene Patriotismus dazu, dass der Europapolitik und der deutsch-französischen Zusammenarbeit insgesamt eine geringere Bedeutung beigemessen wird. Diese nationalistischen Tendenzen spiegelten sich auch auf EU-Ebene wider: Wehler-Schöck nannte in diesem Zusammenhang das Beispiel der Abstimmung im Europäischen Parlament zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) vom Mai 2024, die eine strenge Rückführungsverordnung enthält, die mit Stimmen der extremen Rechten im Europäischen Parlament zustande kam. „Auf europäischer Ebene ist die Brandmauer zerrissen worden, und Europa laufe dadurch die Gefahr, ihre Werte zu verraten“, so die Journalistin des *Tagesspiegels*.

Partnerschaften im Spannungsfeld von Werten und Interessen

Vor dem Hintergrund der diskutierten innenpolitischen Herausforderungen leitete Arancha González Laya, Dekanin der Paris School of International Affairs an der *Sciences Po* (PSIA), das Konferenzthema zu den Neuen Allianzen Europas ein. In ihrem Impuls plädierte sie für eine Außenpolitik, die mit den in der Europäischen Verfassung festgeschriebenen Werten vereinbar ist, und nannte dafür mehrere Hebel: schnellere und agilere internationale Institutionen,

eine ergebnisorientierte Politik mit flexibleren Koalitionen, sowohl innerhalb der EU als auch mit Drittländern, eine effizientere Koordination von Verteidigungs-, Industrie- und Wirtschaftspolitik, bessere Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte sowie internationale Solidarität. Diese Maßnahmen zum Schutz unserer Werte müssten, so González Laya, in einem neuen europäischen Patriotismus verteidigt werden.

Auf dem anschließenden Panel nutzten die Expert*innen der ersten Diskussionsrunde diese Gedankenanstöße, um der Frage nach der Ausgestaltung neuer internationaler Partnerschaften näher zu beleuchten. **Sylvia Malinbaum**, Forschungsleiterin für Indien und Südasien am Asien-Zentrum des *Institut français des relations internationales* (ifri) in Paris, zeigte am Beispiel Indiens zunächst auf, dass die Suche nach neuen Partnern im Zuge der gegenwärtigen geopolitischen Neuordnung kein ausschließlich europäisches Anliegen sei. Das Land, das sich in vielen Bereichen in Konkurrenz zu seinem Nachbarland China und mit der volatilen Zollpolitik der USA konfrontiert sieht, hätte aktuell ein großes Interesse an verlässlichen und stabilen Partnern wie der EU. Daraus ergäben sich für die EU neue Möglichkeiten, ihre strategischen Partnerschaften weiter auszubauen. Bei der Partnerwahl seien angesichts der aktuellen geopolitischen Lage allerdings eine breite Diversifizierung und Risikostreuung entscheidend. Allianzen auf Augenhöhe gestalten.

Neue Partnerschaften könnten jedoch nur dann langfristig tragfähig sein, wenn sie auf einem beiderseitigen Interesse der Beteiligten beruhen. Mit Blick auf die europäische Vergangenheit bekräftigte **Jean-Marc Ayrault**, ehemaliger französischer Premierminister, Vorsitzender des Fördervereins der *Stiftung Genshagen* sowie Präsident der *Fondation Jean-Jaurès*, dass die EU sich vornehmlich mit afrikanischen Ländern um einen Dialog auf Augenhöhe bemühen sollte. Diese nähmen bei der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen – insbesondere des Klimawandels und des demografischen Wandels – eine zunehmend wichtige Rolle ein. Dabei dürften die Fehler und Verbrechen der kolonialen Vergangenheit nicht wiederholt werden.

Malinbaum plädierte in diesem Kontext dafür, die Interessen potenzieller Partner realistisch einzuschätzen – und damit auch die möglichen Grenzen von neuen Partnerschaften zu benennen. Neue Abkommen mit Indien wären derzeit politisch stark aufgeladen. Es sei wichtig zu wissen, dass das Land erhebliche demokratische Defizite aufweise und seine Außen- und Wirtschaftspolitik weniger von

Werten als vielmehr von ökonomischen Interessen bestimmt werde. Als aufstrebende Wirtschaftsmacht sei Indien vordergründig an Technologietransfer, einer stärkeren Einbindung in europäische Wertschöpfungsketten sowie Visa-Abkommen interessiert, nicht zuletzt aufgrund des Missverhältnisses zwischen Arbeitskräfteangebot und –nachfrage im Land. Dialoge zum Stand der Einhaltung der Menschenrechte im Land sowie Kritik am politischen System von Seiten der EU könnten schnell als Einmischung in innere Angelegenheiten wahrgenommen werden und Europa als Partner für Schwellenländer wie Indien unattraktiv machen. In einem Publikumscommentar plädierte **Melanie Müller** von der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* vor diesem Hintergrund für ein weiter gefasstes Werteverständnis der EU: Auch Multilateralismus und offene Märkte könnten als gemeinsame Wertegrundlage für Partnerschaften dienen.

Insgesamt zeichnete sich bei den Expert*innen ein Plädoyer für Offenheit, Pragmatismus und vertiefte Kenntnis der Partnerländer und deren Interessen ab. Letzteres könne zum Beispiel, so Malinbaum, durch verstärkte wissenschaftliche Kooperationen und Austausch zwischen europäischen Expert*innen und Wissenschaftler*innen aus den Partnerländern erreicht werden.

Wirtschaftliche Attraktivität der EU – Hebel für neue Partnerschaften?

Auch wirtschaftlich muss die EU als Partner attraktiv dastehen. „Ausländisches Geld wird aktuell nicht in die EU investiert“, kritisierte Ayrault in diesem Kontext. **Patrick Brandmaier**, Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Französischen Außenhandelskammer (AHK), warnte davor, dass handelspolitische Maßnahmen wie das Europäische CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) potenzielle Handelspartner abschrecken könnten. Um ausländische Investitionen zu fördern, seien daher insbesondere einfache, einheitliche Regeln im Zuge einer Vollendung des Binnenmarkts und der Schaffung einer Kapitalmarktunion von zentraler Bedeutung.

In seinem Impuls-Vortrag zu neuen Allianzen in der Industriepolitik betonte **Henri Paccalin**, CEO, *Daimler Buses France* und Vizepräsident der AHK, dass die Krise langjähriger wirtschaftlicher Partnerschaften wie diejenige mit den USA nicht bedeute, diese unmittelbar durch neue ersetzen zu müssen. Vielmehr müsse die EU im ersten Schritt identifizieren, welche kritischen und strategischen Sektoren sie vor neuen Abhängigkeiten schützen muss. Das Unternehmen *Daimler Buses France* habe sich vor diesem Hinter-

grund z. B. dazu entschieden, eine große Produktionsstätte in der französischen Region Lothringen aufzubauen – ein Beispiel dafür, wie Investitionen in strategische Sektoren zur wirtschaftlichen Resilienz Europas beitragen können.

Multilateralismus weiterhin als Rahmen für internationale Partnerschaften?

Die EU hat den Aufbau multilateraler Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgestaltet und diese genutzt, um belastbare Partnerschaften aufzubauen. Angesichts einer zunehmend fragmentierten Weltordnung, die von geopolitischer Konkurrenz und globalen Machtverschiebungen geprägt ist, geraten diese Institutionen jedoch immer stärker unter Druck. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle multilaterale Organisationen in Zukunft beim Aufbau neuer Partnerschaften für die EU weiterhin spielen können oder wie diese umgestaltet werden müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

Die Teilnehmenden des zweiten Panels beim Genshagener Forum waren sich einig, dass der gegenwärtige Wandel der internationalen Ordnung auch die Chance bietet, internationale Organisationen resilienter und zukunftsfähiger aufzustellen und bestehende Herausforderungen zu überwinden. Eine dieser Herausforderungen sei laut Müller die stärkere Einbindung neuer Partner in das multilaterale System. Dies gelte vor allem für afrikanische Länder. Obwohl der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen regelmäßig über Themen mit Bezug zu Afrika berate, sei unter seinen ständigen Mitgliedern kein afrikanischer Staat vertreten. Die damit verbundenen strukturellen Ungleichgewichte wurden vor allem während der Corona-Pandemie sichtbar, als etwa die Freigabe von Impfstoffpatenten für Entwicklungs- und Schwellenländer nur schleppend vorankam.

Zur Frage der Arbeitsweise innerhalb von internationalen Organisationen plädierte **Frédéric Ramel**, Professor am Centre de recherches internationales (CERI) an der *Sciences Po Paris*, für einen „Multilateralismus der normativen Konvergenz“. Deutschland und Frankreich müssten gemeinsam Standards erarbeiten und unter den gegenwärtigen Umständen Verbündete finden, mit denen sie diese möglichst breit verankern und vorantreiben können. Frankreich sei dahingehend derzeit erfolgreicher. Deutschland habe hingegen aufgrund seiner Positionen zu aktuellen geopolitischen Konflikten – zum Beispiel zum Gaza-Krieg und zum völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf Venezuela – international

an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dies habe sich auch in der gescheiterten Bewerbung Deutschlands um einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gezeigt.

Violeta Gonzalez Behar, Beraterin für Außenbeziehungen bei der WTO, betonte vor diesem Hintergrund die Bedeutung einer engeren Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich in der Handelspolitik. Da diese maßgeblich auf Ebene der EU gestaltet werde, sei es entscheidend, dass beide Länder ihre Interessen gemeinsam mit einer starken europäischen Stimme in internationalen Organisationen vertreten. Um jene Staaten zu umgehen, die multilaterale Reformen innerhalb der WTO blockieren, setze sich die EU derzeit verstärkt für plurilaterale Abkommen ein. Diese werden nur von einer begrenzten Anzahl von WTO-Mitgliedern ausgehandelt und ratifiziert, wodurch sie schneller umgesetzt werden können. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die Handlungsfähigkeit der WTO auch unter den gegenwärtigen Bedingungen zu sichern. Um europäische Interessen innerhalb der WTO wirksam einzubringen, sei zudem die Präsenz in relevanten zwischenstaatlichen und internationalen Netzwerken wie der *Internationalen Handelskammer* (ICC) oder der *Interparlamentarischen Union* (IPU) von zentraler Bedeutung.

Die Expert*innen waren sich einig, dass interna-

tionale regelbasierte Organisationen auch künftig eine zentrale Rolle spielen müssen. Akteure wie die EU sollten daher nicht vor einer Reform des bestehenden Systems zurückschrecken, sondern den gegenwärtigen Wandel als Chance nutzen, um diese Organisationen gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Dafür müsse insbesondere das diplomatische Instrumentarium Deutschlands und Frankreichs innerhalb dieser Institutionen weiter ausgebaut werden, um wirksam neue Abkommen auf den Weg zu bringen und bestehende Blockaden zu überwinden. Gleichzeitig müsse afrikanischen Akteuren mehr Mitbestimmung innerhalb des multilateralen Systems ermöglicht werden.

Workshops beim Genshager Forum 2026

In parallel stattfindenden Workshops erarbeiteten die Teilnehmer*innen konkrete Lösungsvorschläge zu drei zentralen Herausforderungen der neuen Allianzen für Europa. Die Ergebnisse sind in den folgenden Abschlusspapieren zusammengefasst:

- Workshop 1 – Eine neue Sicherheitsarchitektur ohne die USA gestalten
- Workshop 2 – Eine diversifizierte und nachhaltige EU-Energieversorgung sichern
- Workshop 3 – Eine krisenfeste und global vernetzte Gesundheitspolitik ausbauen

Autorin

Leonie Gruber
gruber@stiftung-genshagen.de

Kontakt

Tobias Koepf
koepf@stiftung-genshagen.de
Leonie Gruber
gruber@stiftung-genshagen.de

<https://www.stiftung-genshagen.de/>
@stiftung-genshagen
@stiftunggenshagen.bsky.social
@StiftungGenshagen
@stiftunggenshagen

© Stiftung Genshagen 09/2026

In Zusammenarbeit mit:



Mit Unterstützung von:



Deutsch-Französische
Industrie- und Handelskammer
Chambre Franco-Allemande
de Commerce et d'Industrie



Unsere Stifter:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

